

rechnen und durch äußere Zwangsmittel wird man die Einheit nie erreichen, zumal die verschiedensten Kulturausfassungen in den verschiedensten Teilen des Reiches nach selbständiger Auswirkung drängen. Man wird durch äußere Machtmittel nichts erreichen, erst recht nicht durch Machtmittel auf rein finanzpolitischem Gebiet. Wir glauben, daß Röhler der richtige Mann ist, um hier den Weg zu freudiger Mitarbeit aller Staaten am Reiche zu finden.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß Röhler auch von einzelnen Regierungsparteien alles andere als freundig begrüßt worden ist. Wie weit dabei persönliche Verärgerung mitspielt, soll hier nicht erörtert werden. Auch diese Parteien oder vielmehr diese Partei wird sich aber bald überzeugen können, daß Röhler nicht der „kleine“ Mann ist, als den man ihn hingestellt verachtet hat. Im übrigen dürfte doch wohl eine gewisse taktvolle Vorsicht auch in der Beurteilung eines Ministers, der einer anderen Partei angehört, am Platze sein. Die demokratische Presse bemüht sich, dauernd von Differenzen in der neuen Regierung zu sprechen. Sie sprach auch von Differenzen hinsichtlich der finanzpolitischen Ausfassung. Allerdings sie ist wieder rubig geworden davon, denn sie mußte wohl erkennen, daß ihre Mutmachung irrtig war. Im übrigen, eins vergißt die demokratische Presse anzuführen, nämlich das Mittel, wie man es hätte besser machen sollen.

Es ist im Rahmen dieses Artikels kein Platz, auf die politische Entwicklung der letzten Monate und Wochen einzugehen. Unsere Ausfassung und die weiteren Zentrumskreise aber ist die, daß die deutsche Republik keinen größeren Sieg erringen konnte, als den daß die Deutschnationalen die Richtlinien, die das Zentrumsmanifest aufstellte, anerkannt haben. Im übrigen darf man sich aufrichtig freuen über die Beurteilung, die der neue Finanzminister sowohl im „Berliner Tageblatt“ wie in der „Frankfurter Zeitung“ gefunden hat. Gewiß mag die über jeden Zweifel erhabene republikanische Gesinnung des neuen Finanzministers für diese Beurteilung von Bedeutung gewesen sein. Das ist auch für uns Zentrumslute von Bedeutung, besonders in diesem Kabinett. Aber worauf es in diesem Zusammenhang ankommt, auch die sozialen und sozialen Eignungen des neuen Finanzministers konnte nicht bestritten werden, im Gegenteil, sie wurde respektiert und nicht nur von seinen Blättern und von seiner Partei anerkannt.

## Chamberlain über seine China-Politik

London, 22. Februar.

Der Unterhaupts gab gestern der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Chamberlain seine mit Spannung erwartete Erklärung über das am Sonnabend zustande gekommene Haushauer Abkommen ab. Der Minister erklärte, daß er nunmehr von dem britischen Unterhändler in Hankow die Bedingungen erlitten habe, welche die Kantonierung für die britischen Konzessionen in Hankow und Kinkiang anstreben werde. Danach sei die Garantie gesichert, daß die britischen Interessen keine unterschiedliche Behandlung mehr erhalten würden und daß die Chinesen bei der Kantonierung der Konzessionen keine Gewalt anwenden würden. Chamberlain wies jedoch darauf hin, daß er den britischen Unterhändler in Hankow beansprucht habe, dem kantonalen Außenminister zu erklären, daß sich die britische Regierung für die Verwendung der britischen Truppen in Shanghai alle Rechte vorbehalten müsse. An den Schluß des britischen Lebens und Eigentums in China zu denken, bleibe die oberste Pflicht der britischen Regierung noch wie vor. Die britische Regierung behalte sich auch vor, mit allen anderen chinesischen Behörden die nötigst für ihr beliebtes Autorität befehlen, in Verhandlungen zu treten. Chamberlain betonte ferner, daß sich die Kantonierung trotz seiner Unterhauserklärung vom 10. Februar über die Kräfte der Verteidigungstruppen bereit erklärt habe, weiter zu verhindern. Er habe auch zugestimmt, daß das Haushauer Abkommen nicht auf die übrigen britischen Konzessionen in China übertragen werden dürfe.

Nach dem amtlichen englischen Funkdienst bezichtigt sich das am Sonnabend in Hankow unterzeichnete Abkommen inzwischen zwischen England und China auf die künftige Rechtslage der britischen Konzession in Hankow. Bis zum 15. März sollen die Polizeigewalt und die Leitung der öffentlichen Arbeiten in der Konzession in den Händen derjenigen chinesischen Behörden bleiben. Am 15. März soll aus der allgemeinen Jahresversammlung der Betriebe der Konzession die Auflösung der alten britischen Munizipalverwaltung ausgeprochen und die Verwaltung einer neuen Körperschaft übertragen werden, die von der nationalistischen Regierung nach dem Vorbild der Einrichtungen in den unter besonderer Verwaltung stehenden Bezirken gebildet werden wird. Ein entsprechendes Abkommen soll dieser Tage für die britische Konzession in Kinkiang abgeschlossen werden.

Heute die Lage in Shanghai liegen folgende Nachrichten vor: Unter dem Streich leiden am meisten die japanischen und britischen Industrien. Die Streikenden sind vor Ausschreitungen nachdrücklich gewarnt worden. Infanteristen sitzen in der internationalen Niederlassung, wo auch einige Streikenden verhaftet wurden. Die chinesischen Zeitungen haben ihr Erbrechen eingestellt. Die ausländischen Zeitungen haben gegenwärtig noch nicht unter dem Streich zu leiden. Am schlimmsten macht sich der Ausfall im Postamt bemerkbar, wo durch Streikposten jeder Dienst unmöglich gemacht wird. Die Konkurrenztreter planen, falls heute der Postdienst nicht wieder aufgenommen wird, einen internationalen Postdienst zu schaffen.

Alle Londoner Blätter berücksichtigen ausführliche Melddungen über die Massenversammlungen in den Straßen der Chinesenstadt von Shanghai. Überall sind die abgezogeneen Kämpfer hinterrichtet Studenten und Streikposten in Häusern und auf Plätzen zur Schau gestellt. Der Korrespondent der „Daily Mail“ sagt: Die Politik des Kaisers ist sich als wirkungsvolles Gegenmittel gegen das Streitfeuer erwiesen. Dem Korrespondenten der „Times“ folgt, daß der bisherige Verlauf des Streiks in Shanghai beweist, daß die kommunistische Organisation vorzüglich ist, sowohl in der Geschlossenheit der Aktion, die sich eher gegen Sun Yat-sen als gegen die Engländer richtet, als auch in der Schnelligkeit, mit der der Schlag fiel, und in der Herrschaft über die Massen. Weitere Berichte, die Hinrichtungen in Shanghai seien weit zahlreicher, als nach den ersten Meldungen angenommen werden konnten. Am ersten Tage des Generalstreiks seien 1200 Personen hingerichtet worden.

## Der neue französische Zolltarif Die Grundlage der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Paris, 22. Februar. Die Journee Industrielle teilt heute mit, daß der neue französische Zolltarif noch nicht fertiggestellt sei. Eine Veröffentlichung des Tarifes könnte erst erfolgen, wenn dieser offiziell dem Parlament unterbreitet wird.

# Das reformbedürftige Versorgungswesen

## zu hohe und zu niedrige Pensionen — Die Forderung des Zentrums nach einer Höchstpension — Der Fall des Generals Lützow

Der Reichstag hat gestern den Versorgungshaushalt besprochen. Bei dieser im Rahmen der zweiten Beratung des Haushaltplanes abgehaltenen Debatte kam es zu höchst interessanten Auseinandersetzungen über das Pensionswesen.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Abg. Nothmann, kritisierte die Art der Beurteilung der Pensionen. Eine Witwe, von deren 6 Töchtern 5 gesetzten seien, während der jüngste frischgebacken ausgetreten sei, habe bisher 52 Mark Ehrentrente bekommen. Jetzt sei ihr die einzogen worden, mit der Begründung, daß sie 14 Mark Invalidentrete bezahle und 1 Sohn und 3 Tochter imstande seien, selbst einzuziehen. daß die Rentabilitätsgrenze von 41,80 M. monatlich erreicht werde. Angehörige solcher Fällen sei es unbedingt, daß gesetzte Offiziere, die gut bezahlte Stellungen hätten, das neuen Pensionen bis 28 000 Mark jährlich bezogen. Die steht bei den Pensionen bestehende Vorzugsstellung des Offiziers vor den Beamten müsse aufgehoben werden. Da auf Beratungen der Deutschen Nationalen zusammengeholte Entschließungen der Pensionen beweisen, wie ungemeinlich die Republik bestellt wurde durch die hohen Pensionen der ehemaligen kaiserlichen Militärs und Offiziere. Die Kreise, die am meisten über die Kürzungsversuche klagen, seien die privilegierten Güterbesitzerparteien.

Der Deutschen Nationalen Abgeordnete Bauer erinnerte demgegenüber, die Deutschen Nationalen würden sich gegen die wichtigen Rechte der Beamten mitspielen gewünscht werden. Selbstverständlich sollte auch die Versorgung der Heeresbeschädigten verabschiedet werden, soweit die Reichsfinanzen das zulassen. Für die Deutsche Volkspartei wurde die Abgeordnete Bünninghausen geschworen, daß gegen jede Art von Rentenkürzung. Eine derartige Maßnahme würde keine fühlbare finanzielle Belastung haben. Ein solches Gesetz werde auch nicht angenommen werden, weil es als verhängnissärend (?) eine Wiederherstellung fordern würde. Die Wiederherstellung der aus der Reichswehr ausgeschiedenen Offiziere und Mannschaften müsse verhindert werden.

Der Funktionär des Zentrums, Abgeordneter Berger, betonte, daß die in wiederholten Entschließungen verlangten Aufhebungen für die Heeresbeschädigten noch nicht gewährt worden sind. Wenn ein vollkommen erwerbsunfähiger Altersbeschädigter eine monatliche Rente von nur 35 M. bezieht, dann kann diese Rente es nicht verscheren, daß gesetzte Offiziere mit gut bezahlten Stellungen in der Armee daneben noch sehr hohe Pensionen beziehen. Darum müsse bei der Ausregelung der Pensionenverhältnisse auch der in der Auskunftsbeschaffung enthaltene

Gedanke verwirklicht werden, daß eine Höchstpension und eine Erfüllung der Rechten bezüglich bei den Empfängern hoher Positionen anzustreben ist. Dabei dürfe zwischen Beamten und Offizieren kein Unterschied gemacht werden. — Zur Abfrage des Falles Lützow rückte der Sprecher des Zentrums an den Redte: des Ministers folgende Fragen: 1. Wann ist General v. Lützow verschoben worden, vor oder nach dem Zusammenschluß des Kapp-Putsch? 2. In welcher Form ist er verschoben worden? Hat ihm diese Form den Anspruch auf Pension gewahrt oder nicht?

Die Kommunisten wußten als Beitrag zur Lösung dieser schwierigen Frage nichts besseres beizutragen, als einen Antrag, die Pensionen für die 104 Reichsminister und Staatssekretäre, sowie für die 1753 Generale respektive zu streichen.

Der demokratische Abgeordnete Siegler bestand es als einen unerträglichen Zustand, daß dem General v. Lützow durch ein Verhörsiegel ein Gehaltsanspruch für eine Zeit zugestellt wurde, in der er sich durch die Flucht der Strafversetzung wegen Hochverrats bestellt wurde durch die hohen Pensionen der ehemaligen kaiserlichen Militärs und Offiziere. Die Kreise, die am meisten über die Kürzungsversuche klagen, seien die privilegierten Güterbesitzerparteien.

Ministerialrat Schreyer erklärte: Der Kapp-Putsch war am 13. März 1920. General v. Lützow ist durch eine vom 17. März datierte Verfügung aus dem Heere ausgeschieden. Diese vom Reichsjustizminister Schiffer unterschriebene Verfügung ist am 29. März von dem damaligen Reichspräsidenten Ebert und dem Reichskanzler Müller bestätigt worden. Oberst Bauer sei schon vor dem Kapp-Putsch pensioniert gewesen. Für Hauptmann Paetz und Lieutenant Ehrhard habe keinen Anspruch auf Bevorsorgeung gestellt.

Abgeordneter Müller-Braun (Soz.) erklärte, daß er als Reichskanzler genötigt gewesen sei, die vorher vom Minister Schiffer ergangene Verabschaffung einer Rente auszuschließen. Die Reichsregierung habe damals aber nicht die Rechteausübung vertreten, daß sich aus der Form der Verfügung ein Pensionsanspruch des Generals v. Lützow ergabe.

Die Einzelberatung des Haushaltplanes wird in der heutigen Sitzung, die um 3 Uhr nachmittags beginnt, fortgesetzt.

## Das Arbeitszeitfolgegesetz

Berlin, 22. Februar. Die interfraktionellen Besprechungen der Regierungsarbeiten über das Arbeitszeitgesetz wurden gestern vertraulich fortgesetzt. Es ist anzunehmen, daß schließlich eine Einigung in der Weise erzielt werden kann, daß der § 113 der geltenden Verordnung (der Bestimmungen über die freiwillige Nebenbeschäftigung) entfällt, falls gelebt wird und dadurch die beschäftigten Männer ausgeschlossen werden. Die Vereinbarungen werden übermorgen fortgesetzt werden, nachdem sich die Regierung nochmals mit der Frage beschäftigt hat.

## Katastrophaler Hauseinsturz in Frankfurt am Main

Frankfurt, 21. Februar. Gestern mittag gegen 12 Uhr stürzte aus bisher noch nicht geklärter Ursache ein früherer Getreidespeicher ein, der ungebaut werden sollte. Anschließend wurde das Dach infolge starken Schneefalls eingestürzt, sodass die Seitenwände nach außen stürzten. Drei Arbeiter sind dabei ums Leben gekommen, sieben wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Einer der Verletzten ist inspizient gestorben.

Die Aufräumarbeiten werden durch heftiges Schneetreiben stark behindert. Einige Arbeiter waren so in Eile entflohen, daß sie erst herausgeschleift werden mussten. Die Trümmerstücke fehlten noch einen durchaus längere Zeit, so lange man bedenkt, daß praktisch für absehbare Zeit nur die Republik die für Deutschland möglichste Staatsform sei. Wenn das Reich Republik bleibt, könnte nicht das einzelne Land eine Monarchie werden. Überhaupt sei die entscheidende Frage für die Zukunft nicht das Verhältnis des Reiches zu den mittleren und kleineren Ländern, sondern die Schaffung eines sozialpolitisch brauchbaren Verhältnisses zwischen Reich und Provinzen.

Diese Kundgebung auf Pfälzer Boden ist sehr bemerkenswert und wird viel beachtet. Wenn die Entwicklung zu einer Wiedervereinigung zwischen Zentrum und Nationaler Volkspartei führen sollte, so würde man das sicher auf das lebhafteste begrüßen, nicht zuletzt im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit des deutschen Katholizismus. Allerdings wird man gewisse Garantien dafür verlangen müssen, daß den benötigten Grundzügen des Zentrumsprogramms nicht irgendwie Eintrag geschieht.

**Furchtbare Katastrophenexplosion**

Bielefeld, 22. Februar. Am evangelischen Schwesternhaus in Bielefeld ereignete sich gestern vormittag ein schweres Explosionsunglück. Acht Schwestern waren in der Küche mit dem Umsütteln für Käsekächen beschäftigt. Aus bisher noch nicht bekannter Ursache explodierte plötzlich eine Bombe. Die Schwestern, die die Bombe in Händen hielten, standen im Raum in Flammen und verbrannten. Man fand später von ihr nur noch verkohlte Leichenreste. Zwei weitere Schwestern waren ebenso sofort in Flammen gehüllt. Eine lief brennend auf die Straße, die ebenfalls brennend brannte, wurde von dem Personal des Schwesternhauses gerettet. Die übrigen fünf Schwestern erlebten gleichfalls Brandwunden. Anfolge der Explosion sind sämtliche Scheiben und Fenster aus dem Gebäude gesprengt und die Möbel zum Teil schwer beschädigt.

Eine Arbeiterkolonne im Tunnel vom Zug erfaßt. Wie aus Bergweiler (Osthof) gemeldet wird, fuhr ein Zug im Tunnel auf eine Arbeiterkolonne. Vier Arbeiter wurden gräßlich verbrümt.

## Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsbericht 22. Februar: Ausnahmeweise Bewölkung. Allmähliches Nachlassen des Frostes. Flachland tagüber Wärmegrade. Zunächst noch trocken und niederlagsfrei. Wettermäßig erst nach Abklang von 16 Stunden zunehmende Niederschlagsneigung. Bemerklich lebhafte Winde im Flachland aus Südost bis Süd, in höheren Lagen aus Süd bis Südwest.